

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

18.1.1930 (No. 16)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher Zeitung  
Str. 11  
Postfach  
Nr. 254  
und 255  
Postfach  
Nr. 2515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Krenn,  
Karlsruhe

Abdruckpreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummern 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigenpreis: 14 Rpf. für 1 am Tage und ein Einheitspreis. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tritt Rabatt, der als Rabatt gilt und vorzuziehen ist, ein. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich.

### \* Beseitigung aller Differenzpunkte im Haag

Nach den Meldungen der letzten Tage hat man sich zwischen den Gläubigermächten und der deutschen Delegation auf eine Formel in der Sanktionsfrage geeinigt, und diese Formel soll in das Schlussprotokoll der Konferenz aufgenommen werden. Was bisher über ihren Wortlaut publiziert worden ist, scheint nicht ganz zu stimmen. Wenigstens wird darauf hingewiesen, daß man erst den genauen Text abwarten sollte, bevor man endgültig ein Urteil fällt.

Aber auch die ersten Mitteilungen über die Sätze dieser Einigungsformel lassen erkennen, daß für die praktische Politik die Möglichkeit einer militärischen Besetzung ausgeschlossen ist, wenn Frankreich auch gewisse Vorbehalte formalistischer Art macht. Eine Meinungsverschiedenheit ist auf deutscher Seite insofern festzustellen, als in einem Teil der Presse die nicht mehr zu bezweifelnde Tatsache kritisiert wird, daß Frankreich angesichts eines „böswilligen“ Verhaltens Deutschlands auch gesondert vorgehen könne. Man würde es nach der Ansicht dieser Kritiker lieber sehen, wenn ein solches Vorgehen nur auf gemeinschaftlichen Beschluß zustande gekommen wäre. Dem steht die Auffassung der deutschen Delegation gegenüber, nach welcher gerade die neue Formulierung für uns günstig sei, da ein Sondervorgehen Frankreichs praktisch ganz von selbst bei den andern Gläubigermächten die nötigen Widerstände auslösen müßte.

Das Ganze ist ja wohl nur ein Streit um des Kaisers Bart. Denn nach der bestimmten Versicherung der deutschen Delegation wird sich keine Regierung in Deutschland bereit finden, die einfach ohne jegliche Begründung den Gläubigermächten den Youngplan zerrissen vor die Füße wirft. Und so lange eine Begründung wirtschaftlicher Art geltend gemacht werden kann, kommt ja überhaupt nicht der in der Einigungsformel berücksichtigte Fall in Frage, daß jeder der Gläubigerstaaten seine Handlungsfreiheit wiedergewinnt. Daß eine solche Handlungsfreiheit für einen militärischen Einmarsch ausgenutzt werden könnte, ist ja nach allem, was bisher an Verträgen und Abmachungen geschaffen worden ist, praktisch eine Unmöglichkeit. Frankreich wird sich wohl hüten, von sich aus Maßnahmen zu ergreifen, die als kriegerische Akte zu bezeichnen wären und die Diplomatie der ganzen Welt in eine Krise stürzen müßten. Aber wie gesagt: Wir wollen den genauen Wortlaut der Einigungsformel abwarten und dann abschließend dazu Stellung nehmen.

Geinnt hat man sich auch in der Mobilisierungsfrage, das heißt in der Frage, ob Deutschland während der Mobilisierung der ersten Tranche der Reparationsbonds ausländische Anleihen aufnehmen dürfte oder nicht. Deutschland hat lediglich für die Reichsbahn und die Reichspost Anleihen geplant, zumal ja die Kreuger-Anleihe bereits unter Dach und Fach ist. Wenn das Deutsche Reich also jetzt die Verpflichtung eingeht, außer der fraglichen Anleihe für Reichsbahn und Post bis zum 1. Oktober 1930 keine anderen langfristigen Anleihen auf den Auslandsmärkten nachzusuchen, dann ist diese Verpflichtung durchaus zu vertreten. Gedacht ist das Anleiheverfahren im Interesse von Reichsbahn und Reichspost so, daß aus der zu erwartenden Mobilisierungsanleihe von etwa 1200 Millionen Reichsmark etwa ein Drittel (also 400 Millionen) für diese Zwecke abgezweigt wird.

Die Widerstände beim Reichsbankpräsidenten Schacht gegen eine Beteiligung der Reichsbank an der Bank für Internationale Zahlungen (BIZ) sind, da die Gläubigermächte doch auf diese Teilnahme nicht verzichten wollten, dadurch gebrochen worden, daß die Reichsregierung jetzt die Beteiligung der Reichsbank gesetzlich festlegen wird. Herr Schacht hat demgegenüber erklärt, daß die Reichsbank selbstverständlich einer gesetzlichen Bestimmung gegenüber keine Schwierigkeiten machen werde. Die andere Frage, ob er (Schacht) dann noch weiterhin als Reichsbankpräsident fungieren werde oder nicht, werde dadurch nicht berührt. Einschneidende Änderungen des Reichsbankstatuts werden, wie jetzt feststeht, von der deutschen Reichsregierung nicht angeregt werden. Man hält noch wie vor gewisse Handlungen des Reichsbankpräsidenten in der letzten Zeit politisch für bedenklich, aber man beharrt bei der Auffassung, daß die Reichsbank unter allen Umständen selbständig und von den politischen Vorgängen unberührt bleiben müsse, weil nur so die Stabilität unserer Wävaluta garantiert werden kann.

### Letzte Nachrichten

#### Der Wiederzusammentritt des Reichstages

Die Ratifizierung des Youngplans  
B.D.Z. Berlin, 18. Jan. (Tel.) Der Ältestenrat des Reichstages beschloß, daß der Reichstag in seiner ersten Sitzung nach der Weihnachtspause am 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, zunächst nur die erste Lesung des Zündholzmonopolsgesetzes und der Kreuger-Anleihe vornehmen soll. Am Freitag und Samstag soll dann das Plenum die zweite und dritte Lesung dieser Vorlage vornehmen können.

Andere Gegenstände will der Reichstag vor dem Youngplan nicht mehr in Angriff nehmen. In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß der Youngplan etwa am 7. Februar, nachdem er den Reichsrat durchlaufen hat, dem Reichstag zur ersten Beratung vorliegen kann. Es besteht allerdings der Wunsch, den Youngplan dann schon bis spätestens zum 15. Februar zu verabschieden. Erst wenn dieses Ziel vollendet ist, würde sich dann der Reichstag mit dem Republikbankgesetz, dessen zweite Lesung im Ausschuß unmittelbar bevorsteht, im Nachtragshaushalt für 1929 und schließlich im Etat für 1930 beschäftigen, deren Gestaltung doch von der endgültigen Form des Youngplanes abhängt.

Am Mittwoch nächster Woche wird der Ältestenrat erneut zusammentreten, um die endgültigen Dispositionen für die Beratung des Zündholzmonopols und der Kreuger-Anleihe zu treffen.

#### Auch die heutige „Note Fahne“ beschlagnahmt

B.D.Z. Berlin, 18. Jan. (Tel.) Die „Note Fahne“ ist auch heute früh vollstänlich beschlagnahmt worden, da in mehreren Artikeln zum Hochverrat und zur Begehung strafbarer Handlungen aufgefordert worden ist. Nur ein Teil der Ausgabe wurde von der Polizei in der Druckerei konfisziert, während die bereits expedierten Nummern von besonderen Polizeistreifen bei den Zeitungshändlern auf der Straße eingezogen wurden.

#### Italien will keine Flotte abschaffen?

B.D.Z. London, 18. Jan. (Tel.) „Daily Herald“ berichtet aus Genf, bei der Eröffnung der Flottenmächtekonferenz werde der italienische Außenminister Grandi mitteilen, daß Italien bereit ist, seine gesamte Flotte abzuschaffen, wenn die anderen Nationen diesem Beispiel folgen würden. Dem Korrespondent des Blattes zufolge, geht Mussolini dabei von der Erkenntnis aus, daß jeder Flotte, den die Konferenz annehmen könnte, Italien zu einer endgültigen Unterlegenheit verurteilen würde. Infolgedessen habe es durch eine wirkliche praktische Verminderung aller Flotten nichts zu verlieren, aber viel zu gewinnen.

#### Die Frage der Abschaffung der U-Boote

B.D.Z. Paris, 18. Jan. (Tel.) Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus London, die auf die bevorstehende Unterredung des italienischen Außenministers Grandi mit MacDonald und Stimson Bezug nimmt, ist damit zu rechnen, daß die amerikanische Delegation auf der Londoner Seeverkehrs-Konferenz in sehr energischer Weise und keineswegs nur platonisch für die grundsätzliche Abschaffung der U-Boote eintreten wird.

#### Die Möglichkeiten der Flottenkonferenz

Laut Londoner „Daily Telegraph“ erblickt man in den britischen amtlichen und politischen Kreisen, in denen Optimismus die vorherrschende Note ist, die erfolgreiche Entwicklung der Flottenkonferenz ungefähr in der folgenden Richtung:  
1. Man glaubt, das ernste Auseinandergehen des französischen und des italienischen Standpunktes könne durch den Abschluß eines Abkommens zwischen den Mittelmeermächten behoben werden.  
2. Man rechnet mit der Erzielung eines Dreierabkommens zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Japan bezüglich der Zukunft der Schlachtschiffe.  
3. Ebenso erwartet man ein Kompromiß in der Frage der U-Boote in Gestalt einer strengen Beschränkung ihrer Größe sowie einer Einschränkung ihrer Zahl.  
4. Die japanische Forderung eines Verhältnisses von 70 Prozent in großen 10 000-Tonnen-Kreuzern mit 300-tägigen Geschützen gegenüber den Vereinigten Staaten kann nach Ansicht britischer Kreise ihre Verleugung finden durch eine direkte Abmachung zwischen Washington und Tokio.

Schups im besetzten Gebiet. Laut Verfügung der Internationalen Rheinlandkommission war es der Schutzpolizei im unbesetzten Westen bisher verboten, im besetzten östlichen Gebiet tätig zu sein. Zum erstenmal seit Bestehen der Rheinlandkommission hat die Besatzung in Worms es jetzt gestattet, daß eine Hundertschaft der hiesigen Schutzpolizei im besetzten Gebiet einzutreten dürfe. Dieser Ausnahmefall wurde gestattet zur Niederdrückung der schweren Straßenunruhen in Worms.

Demonstrationsverbot auch in Sachsen. Nach den Vorgängen der letzten Tage bei Chemnitz und infolge der kommunistischen Aufforderung zu weiteren Demonstrationen sind vom sächsischen Innenministerium für das Gebiet der Stadt und der Amtshauptmannschaft Chemnitz und des Amtsgerichtsbezirk Burgstädt alle Versammlungen einschl. von Umzügen unter freiem Himmel zunächst auf die Dauer von einer Woche verboten worden.

### \* Das Vertrauensvotum im Badischen Landtag

Die Regierungserklärung ist in der Kammer recht ausgiebig besprochen worden. Bei dieser Gelegenheit haben die drei Minister ebenfalls das Wort ergriffen. Der neue Kultusminister, Dr. Kemmle, hat der Kritik der Opposition gegenüber betont, man solle genau so wie damals, als er schon einmal das Kultusministerium übernommen hatte, erst seine Taten abwarten und ihn danach beurteilen. Wir sind überzeugt, daß jeder gerecht denkende Staatsbürger diesen Worten des Ministers zustimmen wird. Minister Kemmle hat in seiner Eigenschaft als Innenminister elf Jahre lang den Beweis erbracht, daß er ein Ministerium pflichttreu und sachkundig zu verwalten weiß. Und diejenigen, die ihn näher kennen, zweifeln keinen Augenblick daran, daß er sich auch an der Spitze des Kultusministeriums sehr bald die aufrichtige Hochachtung aller zum Urteil Berufenen errungen haben wird.

Der neue Innenminister, Dr. Wittemann, hat sich die Erörterung der ihn und sein Ministerium interessierenden Hauptpunkte für später vorbehalten. Aus seinen jetzigen Darlegungen ist der Satz herauszugreifen, daß die Opposition wohl Kritik geübt, aber keine neuen Gedanken und greifbaren Vorschläge vorgebracht habe. Unsere Lage beurteilt auch Dr. Wittemann als schwer, aber keineswegs als hoffnungslos. Gegen die Feinde der Staatsordnung werde er, wie jeder Minister an seiner Stelle, nötigenfalls auch die Machtmittel des Staates einsetzen. Wenn das geschehen müßte, dann sei daran aber nicht die Regierung schuld, sondern jene unvernünftigen Politiker, die es für zweckmäßig halten, Konflikte mit der Staatsgewalt zu provozieren.

Im Vordergrund der Debatte standen die Erörterung der Regierungserklärung und die Unterhaltung über die Vorgänge bei der letzten Regierungsbildung in Baden. Die Regierungserklärung hat die Zustimmung der beiden großen Regierungsparteien, des Zentrums und der Sozialdemokratie, gefunden, und auch die Opposition hat Ernstliches und Gewichtiges an ihr nicht aussetzen können. Von den Angriffen der Nationalsozialisten und der Kommunisten wollen wir dabei absehen. Die Auffassung, daß die Regierungserklärung des Staatspräsidenten die Dinge in zu rosigem Lichte sehe, muß dem, der sie ruhig und objektiv durchliest, geradezu bestreulich erscheinen. Die Erklärung schildert den Ernst der Lage mit einer Offenheit und Ungechämtheit, die kaum noch zu überbieten ist. Aber sie geht nicht so weit, daß sie die Wahrheit verweigert und dort eine Verzweiflungsstimmung aufkommen läßt, wo nur sorgenvoller Ernst angebracht ist. Kein Staatsmann kann Politik treiben ohne Hoffnungslosigkeit! Und der Staatspräsident hat in seiner Regierungserklärung genug Punkte erwähnt, welche diese Hoffnungslosigkeit bei allem Ernst der augenblicklichen Lage sachlich begründen.

Was die Koalitionsfrage betrifft, so kann man sagen, daß auch durch die Landtagsdebatte die Tür zu einer Erweiterung der Koalition offen gehalten worden ist. Gewiß hat man sich bei der Besprechung der Vorgänge im November des vorigen Jahres nie und da ziemlich bestimmt ausgesprochen. Aber die Situation hat sich keineswegs so verschärft, daß nun mit einer schroffen Gegnerschaft zwischen den jetzigen Regierungsparteien und den für eine Koalitionserweiterung in Betracht kommenden Parteien zu rechnen wäre. Auch die Hauptsprecher der Sozialdemokratie, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten haben sich in einer Weise vernehmen lassen, die allen Möglichkeiten positiver Art Raum läßt. Interessant war ein Satz aus der Rede des Zentrumsführers Duffner. Er sagte, daß es besser sei, wenn eine Brücke auf zwei starken Pfeilern, als auf einem Pfeiler und sechs Bohnenstücken ruhe. Auch diese Äußerung zeigt den Willen der jetzigen Koalition, die Regierungsgeschäfte mit aller Ruhe und Entschiedenheit auf der jetzigen Koalitionsbasis weiter zu erledigen und den andern Parteien die Entscheidung darüber zu überlassen, ob sie einen Anschluß an die Koalition unter vernünftigen Bedingungen für nützlich halten oder nicht.

Die Frage der Beziehungen Badens zum Reich bzw. zu Berlin hat naturgemäß auch in der Debatte eine erhebliche Rolle gespielt. Im Verlauf dieser Diskussion hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Matthes, von der Möglichkeit einer Erweiterung Badens durch Anglie-

derung anderer Vänderteile, so zum Beispiel der Pfalz, gesprochen. Der Innenminister, Dr. Bittmann, ist mit aller gebotenen Vorsicht auf diese Worte des Abgeordneten Dr. Mattes eingegangen. Des Ministers Ausführungen werden jetzt allerdings in der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 47 vom 18. Januar, Zweites Morgenblatt) in einer gar zu weitgehenden Weise interpretiert. Der Minister hat lediglich im Hinblick auf Berlin davon gesprochen, daß dann, wenn der Druck von Norden her auf den Süden unerträglich werden sollte, auch der Süden bzw. Baden einmal die Frage werde ventilieren müssen, ob man sich nicht gegenüber der Übermacht des Nordens und vor allem Preußens etwas enger zusammenschließen. Die Befundung einer solchen, mehr politisch als staatsrechtlich zu bewertenden Auffassung, ist an sich nichts Neues. Sie wird besonders verständlich, nachdem sich dieser Tage der preußische Innenminister im Preussischen Landtag in einer Weise geäußert hat, die eine weitere Verstärkung der Vormachtstellung Preußens in Aussicht stellt.

Ein kommunistischer Mißtrauensantrag und ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag ist glatt abgelehnt worden. Für den kommunistischen Mißtrauensantrag stimmten lediglich die Kommunisten selbst, für den nationalsozialistischen stimmten die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen. Deutsche Volkspartei, Demokraten, Wirtschafts- und Bauernpartei und Evang. Volksdienst enthielten sich dabei jeweils der Stimme. Ebenso wurde ein gegen den Kultusminister Dr. Kemme gerichteter Mißtrauensvotum abgelehnt. Diesmal stimmten auch die Deutsche Volkspartei und die Demokraten für die Ablehnung. Die Regierungserklärung selbst wurde dann mit dem Vertrauensvotum für die Regierung gebilligt, und zwar mit 48 Stimmen der beiden Regierungsparteien. Dagegen stimmten 29 Abgeordnete der Opposition; der Evang. Volksdienst enthielt sich der Stimme.

So hat die allgemeine politische Debatte im Landtag im ganzen einen Verlauf genommen, der für die Regierung und die Regierungskoalition recht befriedigend ist. Die Gewähr ist jedenfalls gegeben, daß unser Land auch mit seiner neuen Regierung und mit seiner neuen Koalition die alte, erprobte Politik einer ruhigen und stetigen Entwicklung fortsetzen kann und fortsetzen wird.

Der amerikanische Botschafter Schurman, der in der kommenden Woche seinen Posten verlassen und nach Amerika zurückkehren wird, legte Freitagvormittag am Grabe des Außenministers Dr. Stresemann in Berlin einen Kranz nieder. Der Kranz ist mit einer Rosette in den amerikanischen Farben und einer Schleife geschmückt, die folgende Widmung trägt: „Jacob Gould Schurman seinem verstorbenen Freunde“. Im Anschluß besuchte der Botschafter das Geburtshaus Stresemanns.

Arbeitseinschränkungen an der Ruhr. Die Gute Hoffnungshütte Oberhausen AG. wird wegen schlechten Geschäftsganges demnächst circa 200 Arbeiter entlassen. — Die Stilllegung der Hochtöfen, Stahl- und Walzwerkbetriebe Bremerhütte in Geisweid und Weidenau ist für den 1. Februar beschlossen worden. Von der Stilllegung werden etwa 1200 Arbeiter betroffen.

Gegen den Straßburger Stadtrat veranstaltete die Sozialistische Partei eine Kundgebung, in deren Verlauf auch der frühere Bürgermeister von Straßburg, Peiretes, die Politik der gegenwärtigen kommunistischen Mehrheit kritisierte. Es wurde der Rücktritt des Stadtrates gefordert. Nach der Versammlung zog eine Anzahl Teilnehmer unter dem Rufe „Demission, Demission!“ vor das Rathaus.

### Karlsruher Kunstausstellungen

Im Hauptsaal: Ausstellung des Bundes badischer Künstlerinnen. Das verleiht dem gegenwärtig im Kunstverein (Waldfraße) zu Sehenden eine besondere Note, nicht weil es etwa weniger temperamentvoll zugeht als bei den Mannsleuten, sondern weil feminine Malkunst zumal in solcher Fülle doch einen ganz andersartigen Reiz bietet. Natürlich finden sich auch in diesem Kreis einige starke Kraftnaturen, Martha Kropp's Herrenbildnis z. B. stammt von einer Hand, die einer gewissen Festigkeit zuneigt und das Gesicht nicht leicht zu künstlerischer Ausgeglichenheit händigt. Was ich meine, verraten eher schon ihre beiden so zart und doch souverän hingehauchten Landschaften, und dies spezifische Moment, daß sich Frauen eben nie überwinden, das gibt vor allem den Blumenstücken der hochbegabten und auch hier längst geschätzten Porzheimerin Vera Johs einen so ungemein klaren, ruhigen und mädchenhaften Ausdruck. Ebenso verraten Elisabeth Senfters Landschaftsausschnitte eine sehr angenehme, keineswegs in gequälter Primitivität erstarre Realistik und zeigen ohne Scheu, welches Format ihrem Talent angemessen ist. Andere wieder scheinen gerade darin ein bißchen überheblich; so bleibt fraglich, ob dem offenbaren Hang zum dekorativ Gobelinhafte auf den Bildern H. Vogel-Gutmanns unbedingt das großgewählte Flächenausmaß entspricht, und der ungeheure Aufwand, mit dem S. v. der Mühl (Basel) witzigen, zudem längst abgegriffenen literarischen Ideen nachgeht, wirkt mancher wichtigen Kleinstdarstellung auf Quadratcentimetern gegenüber ziemlich grotesk. Da muten denn doch die intimen Hinterglasmalereien G. Stamm-Pagemanns in ihrer Schlichtheit des Motivs und der Innigkeit des Ausdrucks viel sympathischer an, und selbst zwei italienische Bilder von S. v. Pehden (Mannheim) gefallen mehr, weil in ihrem steigenden Farbaufbau wenigstens eine bestimmte Monumentalität begründet ist. Im übrigen ist die Kollektion so arrangiert, daß auch einige hier nicht weiter genannte und von früheren Ausstellungen her erfolgreich bekannte Künstlerinnen — der Katalog zählt insgesamt 36 Namen auf! — je nach Wert und Rang zu besser Geltung kommen.

Im Vorraum: Graphik aus Privatbesitz. Auch diese vom Verein für Originalabdrücke betreute Schau eine höchst interessante, wenn schon vorwiegend historische Angelegenheit, sozusagen eine Musterammlung, die von älteren Japanern über gewichtige Franzosen (u. a. Daumier, Millet, Renoir, Rodin) bis zu Kaldreuth, Marées, Trübner, Lehmbrod und Warlach reicht. Die Angabe der Schöpfer muß indessen allein genügen, die ungewöhnliche Wichtigkeit zu dokumentieren; bedenklich ist gleichfalls, daß die neueste Jahresmappe (1929), die 31. Gabe des Vereins an seine Mitglieder, mit 8 graphischen Arbeiten (darunter Blätter von Hauelsen, Hubbuch, S. Weid, G. A. Weid) aufsteigt.

### Erst Montag Abschluß im Haag

Die Schlussitzung am Montag  
Es steht nunmehr so gut wie fest, daß die Schlussitzung der Haager Konferenz am Montag, morgens um 9.30 Uhr oder 10 Uhr, beginnen wird. Sie hat voraussichtlich rein formellen und öffentlichen Charakter. Es steht zu erwarten, daß dabei verschiedene Neben gehalten werden. — Am morgigen Sonntag, der in Holland im allgemeinen sehr heilig gehalten wird, aber für die Haager Konferenz erhebliche Arbeiten notwendig macht, werden die internen Vorbereitungen für das Schlussprotokoll getroffen werden.

### Lösung der Mobilisierungsfrage

In der Mobilisierungsfrage ist Freitagabend eine völlige Einigung mit Geltungsdauer auf ein Jahr erfolgt. Die Franzosen verlangten zunächst eine generelle Verpflichtung von deutscher Seite, nichts zu tun, was die Mobilisierung hindern könnte, und außerdem die Gesamtdauer der Reparationen, also unter Umständen auf 58 Jahre, eine Verpflichtung zur gemeinschaftlichen Aktion mit Frankreich in der Behandlung der Auslandsanleihen. Diese Klausel ohne Befristung ist gefallen. Deutschland hat sich bereit erklärt, einem Gentlemen Agreement für eine gewisse Anzahl von Monaten oder ein Jahr beizutreten, ohne eine allgemeine Klausel, aber mit dem Ziele, sich gegenseitig nicht zu stören.

Das Reich selbst hat nach Erlangung der Kreugeranleihe, die nach wie vor bestehen bleibt, kein Bedürfnis für langfristige Anleihen für das Etatsjahr 1930/31. Für die Anleihebedürfnisse der Reichspost und Reichsbahngesellschaft ist eine Lösung dahin zustande gekommen, daß Deutschland eine Option, d. h. das Recht zur Annahme einer Beteiligung an der Mobilisierungsanleihe eingeräumt wird, ohne jedoch die Verpflichtung hierzu, wenn z. B. ihm die Bedingungen nicht zujagen. Die Anleihe soll in einem Betrage von 1,2 Milliarden aufgelegt werden, wovon Deutschland ein Drittel, also 400 Millionen, erhalten würde. — Deutschland übernimmt schließlich die Verpflichtung, weder für das Reich, noch für die Reichspost oder Reichsbahn langfristige Anleihen auf dem Auslandsmarkt vor dem 1. Oktober 1930 aufzulegen.

Das gesamte Abkommen hat den Zweck erreicht, daß eine Beeinträchtigung der deutschen Handlungsfreiheit über die notwendige Frist für die voraussichtlich die einzige in diesem Jahre mögliche Anleiheoperation hinaus nicht erstreckt wird. Zugleich ist erreicht worden, daß die Gefahr einer Beeinträchtigung der deutschen Anleihebedürfnisse durch die Auflegung der Mobilisierungsanleihe nicht eintreten kann.

### Die Kleine Entente und das Haager Protokoll

W.A. London, 18. Jan. (Tel.) Reuters berichtet aus dem Haag von 1.15 Uhr nachts: Die Vertreter der Kleinen Entente beraten noch und versuchen, eine Formel zu finden, die es ihnen ermöglicht, das Protokoll für die Haager Konferenz am Montag zu unterzeichnen. Die Verhandlungen mit Ungarn werden in Paris weitergeführt werden, wenn es nicht möglich ist, eine Lösung innerhalb der nächsten zwei Tage zu finden, was jedoch äußerst unwahrscheinlich ist. Die Vertreter der Kleinen Entente hoffen in der Lage zu sein, das Protokoll unter der Voraussetzung zu unterzeichnen, daß die Verhandlungen mit Ungarn später in Paris geregelt werden können.

Seute nacht stießen im westlichen Berlin eine Kraftdrochle und ein Geschäftswagen zusammen. Die Insassen der Drochle, der Ministerialrat im Kultusministerium, Paul Jäckel und seine Gattin, wurden schwer verletzt und in das Hebenbrantenhaus gebracht.

Alexander Uralzew macht gegen die Preußentaxe einen Prozeß um Zahlung von 8 Millionen Reichsmark anhängig und begründet die Anlage mit arglistiger Täuschung Uralzews seitens des Direktoriums des Reichseisenkonzerns. Der Reichseisenkonzern strengt seinerseits gegen Uralzew einen Zivilprozeß an, in dem er von dem Russen 20 Millionen Goldmark für erlittene Verluste fordert.

Auf der Kreisstraße zwischen Dessau und Oranienbaum wurde der Arbeiter Walthar Raumann (Nationalsozialist) von dem Kommunisten Kurt Gründler erschossen. Der Täter ging flüchtig.

In den Nebenräumen sind zur Vervollständigung der diesmaligen Ausstellung noch aufgenommen: W. Kemping (ein ganzes Kabinett in der für ihn typischen und charakteristischen Manier), dann Paul Clew und O. Schmidt (weniger Salonkunst, doch vorläufig mehr Sturm und Drang als akademische Kunst, immerhin zwei entwicklungsfähige Begabungen). Süßche Aquarelle zeigen Ab. Müller und insbesondere Hedwig Dame (Konstanz), eine Zeichnerin von Linie und Gefühl, ohne freilich ihre durchaus impressionistische Empfindung überall in wirklich ansprechende Beseltheit zu wandeln. Mit geringerer Freude begegnet man endlich noch drei sehr harter, allzu eigenbrütlichen Werken Herbert Kellers. S. Sch.

Das Selbstbildnis-Preiswettbewerb. Das vom badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts erlassene Preiswettbewerb zur Schaffung eines Selbstbildnisses hat unter der badischen Künstlerchaft überaus starken Widerhall gefunden. Soweit sich bis heute überblicken läßt — der letzte Termin der Einlieferung war der 15. Januar — haben sich circa 300 Künstler mit insgesamt etwa 400 Werken beteiligt. Die Arbeit der Jury wird demnächst beginnen; die Ausstellung findet am 15. Februar im Kunstverein statt.

Goethefeier an der Straßburger Universität. Die Straßburger Universität hat beschlossen, 1932 den 100. Todestag Goethes, der bekanntlich Student der protestantischen Universität Straßburg war, festlich zu begehen. Es ist eine Goetheausstellung geplant, ebenso die Veröffentlichung eines Werkes über Goethe in Straßburg. Ein Ausflug nach Seseheim soll die Beziehungen Goethes zu Seseheim wieder wachrufen. Außerdem ist eine Festveranstaltung geplant. Ein Komitee aus Universitätsprofessoren von Straßburg, bekannten elsässischen Persönlichkeiten und Vertretern der Gemeinde Seseheim, hat sich gebildet, das ein ausführliches Programm ausarbeiten wird.

Austauschspiel des Straßburger Stadttheaters in Freiburg. Freitagabend fand im gutbesetzten Stadttheater Freiburg das erste Austauschspiel des Straßburger Stadttheaters statt. Zur Aufführung gelangte Maeterlinck-Debusseys „Relleas und Melifande“, die führende Oper des französischen Impressionismus. Den Gästen wurde vom Publikum, unter dem sich auch zahlreiche führende Persönlichkeiten beider Länder befanden, reicher Beifall gespendet.

Vorträge eines deutschen Gelehrten in Warschau. Der Leipziger Volkswirtschaftler, Prof. Kurt Wiedenfeld, hielt in der Aula der Universität Warschau auf Einladung der juristischen Fakultät mit großem Beifall ausgenommene Vorträge über Gründe und Grenzen der kapitalistischen Konzentration. Innerhalb zahlreicher Zuhörer bemerkte man den deutschen Geschäftsträger, den Rektor der Universität und viele führende Vertreter des polnischen Wirtschaftslebens.

### Forderungen der Saar

Eine Aussprache in Frankfurt mit der deutschen  
Der Führer der deutschen Saardelegation, von Simson, hatte den Saarausschuß zu einer Besprechung nach Frankfurt am Main geladen, um den Vertretern des Saargebietes Gelegenheit zu geben, sich über den bisherigen Verlauf der Pariser Saarverhandlungen zu orientieren.

Dem französischen Vorschlag, die Saargruben einer Reihe gemischt-wirtschaftlicher Gesellschaften, an denen sich neben deutschem und saarländischem auch französisches Kapital beteiligen soll, zu übereignen, setzt der Saarausschuß nach wie vor die strikte Forderung entgegen, die Vorbereitungen, nämlich den preussischen und bairischen Staat, nach der Rückgabe wieder in ihre alten Rechte einzusetzen. Der Saarausschuß ist der Meinung, daß von dieser Forderung schon aus sozialpolitischen wie auch aus allgemeinen wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus unter keinen Umständen abgegangen werden könne und glaubt der Delegation empfehlen zu müssen, jede andere Forderung der Grubenfrage als undinstabil abzulehnen. Ebenso entschieden sprach er sich gegen die von der französischen Delegation gestellte Bedingung aus, das Saargebiet, auch wenn es vor 1935 wieder an Deutschland angegliedert werde, bis zu diesem Termin als französisches Zollgebiet zu behandeln.

Die Pariser Verhandlungen sind, obwohl sie schon monatelang dauern, nicht vom Fleck gekommen. Das hängt damit zusammen, daß die französische Regierung — nicht nur das Kabinett Lardieu — die Haager Schlusskonferenz abwarten will, ehe sie zu den deutschen Vorschlägen endgültig Stellung nimmt. Demensprechend ist der Voranschritt der Grubenkommission, der ursprünglich auf den 10. Januar festgesetzt war, bis zum 21. Januar verschoben worden. Die handelspolitische Kommission, die sich hauptsächlich mit Zollfragen zu beschäftigen hat, wird ihre Arbeiten am 15. Januar wieder aufnehmen.

Die Frankfurter Aussprache ergab Übereinstimmung zwischen der Delegation und dem Saarausschuß in allen wesentlichen Punkten. Gegenstände in den Auffassungen traten nur in einzelnen Nuancen zutage. Die Mitglieder der deutschen Delegation sind nach Berlin zurückgereist, wo Herr von Simson dem Reichskabinett Bericht erstattet.

### Die Demokraten und die württembergische Regierung

In der Aussprache des Württembergischen Landtages über den Haushaltsplan für 1930 befaßte sich der Abg. Dr. Brudmann (Dem.) mit der Frage der Regierungsumbildung. Er stellte dabei das Bedauern über das Auseinanderfallen des Bürgeriums voran und erklärte, die Demokratie verdiene nicht Spott und Hohn, sondern Dank, wenn sie jetzt Versuche zu einer Zusammenarbeit mit den anderen Parteien mache. Aber die Frage des Eintritts in die Regierung werde die Partei sich in den nächsten Tagen entscheiden. Er sei der Ansicht, daß die Demokratie in der Oppositionsstellung in der nächsten Zeit wenig Gelegenheit haben werde, positive Arbeit zu leisten, und daß sie deshalb danach streben müßte, durch Mitarbeit in der Regierung ihre Ziele durchzusetzen. Nur in der Aufnahmefähigkeit und Verminderung der Parteien liege die Möglichkeit zu einem wirtschaftlichen Aufstieg.

### Die Frostschäden des pflanzlichen Weinbaues

Im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags teilte bei Behandlung einer Eingabe um weitgehende Hilfsmaßnahmen für den Weinbau wegen der katastrophalen Frostschäden im letzten Winter der Landwirtschaftsminister mit, in der Pfalz seien durch den Frost 3000 Hektar Weinberge und 400 Hektar Jungfelder derart beschädigt worden, daß sie neu angelegt werden müssen. Rund 50 Millionen Reichsmark seien vernichtet. Im Hinblick auf die Notstände in der Pfalz sei die Regierung mit der Reichsregierung in Verhandlungen eingetreten, um eine allgemeine Hilfe zu erwirken. Es sei zu hoffen, daß das Reich im Rahmen des landwirtschaftlichen Notprogramms Mittel für die notleidenden Winger bereitstelle. Der von dem Berichterstatter aufgeworfene Gedanke, zugunsten der Winger die Weinsteuer wieder einzuführen, wurde von allen Seiten entschieden bekämpft und auch von der Regierung nachdrücklich abgelehnt.

Auch Breslau unter Staatsaufsicht. Auch die Stadt Breslau ist von Berlin nunmehr unter staatliche Aufsicht gestellt worden. Der Oberbürgermeister hat die Auflage bekommen, jeden Ausgabenbeschuß der Stadtverordneten zu beanstanden. Besonders kritisch ist die Lage der städtischen Oper. Das Defizit ist nicht zuletzt durch die hohen Wohlfahrtskosten entstanden. Der Regierungspräsident hat nun dem Magistrat den Vorstoß gemacht, einen 10prozentigen Abbau der städt. Gehälter vorzunehmen, weil die Beamten der Stadt durch andere Einkünfte vielfach günstiger besoldet werden als die Staatsbeamten.

Neuer Leiter der Minderheitenabteilung des Völkerbundes. Der Direktor der Minderheitenabteilung, der Spanier Aguirre de Garcer, hat, wie aus Genf gemeldet wird, sein Amt niedergelegt. Der Völkerbundsrat hat die Demission genehmigt und das langjährige Mitglied der Minderheitenabteilung, den Spanier Escarot, mit der Leitung der Minderheitenabteilung betraut.

„Der Besedowski“. Die Sowjetregierung hat gesetzliche Bestimmungen zu der sog. „Der Besedowski“ erlassen, nach denen Sowjetangehörige, die auf Verlangen der Sowjetregierung nicht nach Rußland zurückkehren, mit Todesstrafe durch Erschießen bedroht werden. Sowjetorganisationen und Sowjetangehörige im Ausland, die den Aufenthalt derart für vogelfrei erklärter Staatsbürger verheimlichen, werden gleichfalls unter Strafe gestellt.

Die amerikanische Prohibition blüht am Donnerstag auf ihre 10jährige Weisheit zurück. Am 16. Januar 1919 hat der 36. Staat das auf die Prohibition bezügliche Amendement zur Verfassung ratifiziert.

Folgen des Silberpreissturzes in China. Infolge des Silberpreissturzes hat die Regierung in Kanton den Generalinspektor der Pölle angewiesen, vom 1. Februar an die Einfuhrgebühren auf Goldbasis zu erheben. Der Finanzminister erklärte dazu, China sei anders nicht imstande, seinen Anleiheverpflichtungen, die sich auf 9 Millionen Pfd. Sterling belaufen, nachzukommen.

Hauptmann Kahl teilt nun mit, daß er entgegen anderen Meldungen vorläufig keinen neuen Anflug beobachtet. In Stelle im Kreise Winsten bei Auenburg erkrankte eine siebenköpfige Familie unter schweren Symptomen. Den Kindern war von Verwandten in Übersee ein Affe als Spielkamerad gesandt worden. Die amtliche Untersuchung hat nun einwandfrei das Vorhandensein von echter Ruhr festgestellt, die zweifellos von dem Affen auf die Menschen übertragen worden ist. Das jüngste Kind ist der Krankheit erlegen. Die mittelwestlichen Staaten Nordamerikas sind von einer neuen Rätterwelle und von einem schweren Schneesturm heimgesucht worden.

# Badischer Teil

## Vertrauensvotum im Badischen Landtag

(14. Sitzung.)

D. J. Karlsruhe, 17. Jan.

(Fortsetzung des Berichts aus der gestrigen Nummer.)

### In der dritten Rednerreihe

unterstreicht Abg. Maier-Heidelberg (Sozdem.) die Darstellung, die Abg. Dr. Föhr über die Regierungsbildung gegeben hat. Im Interesse der arbeitenden Masse habe die Sozialdemokratie von Anfang an erklärt: Wir wollen in die Regierung!

Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) vertritt die Auffassung, daß die Erörterungen über die Regierungsbildung eigentlich zwecklos seien, denn die Schuld werde von einem auf den anderen geschoben. Jede Partei trete als Richter in eigener Sache auf. Die Redner findet, daß die Art des Verhandlung nicht die richtige war. Die Volkspartei hatte sich bereit erklärt, in Verhandlungen einzutreten. Nun wäre es am Platz gewesen, daß sich alle in Frage kommenden Parteien sofort an einen Tisch gesetzt hätten. Die Lage wäre in diesem Falle schnell geklärt worden. Die Taktik des Zentrums sei ein schlecht verhülltes Diktieren gewesen. Von einem unerträglichen Machtwillen des Liberalismus könne nicht gesprochen werden, da man doch die Aufrechterhaltung des Status quo wollte.

Der Minister des Kultus u. Unterrichts Dr. Kemmele versichert, daß auch unter seiner Führung den kulturellen Belangen voll und ganz Rechnung getragen werde. Den religiösen Auffassungen stehe er mit der ihm als Minister gebotenen Gerechtigkeit und Objektivität gegenüber. Der Minister schließt sich der Versicherung des Ministers Wittemann an, daß die Regierung ihre Pflicht in einer Weise erfüllen werde, die bei objektiver Beobachtung keinen Anlaß geben wird, mit ihrer Tätigkeit unzufrieden zu sein.

Abg. Dr. Leers (D. Dem. P.) knüpft an die Bemerkung der Regierungserklärung an, daß die Hochschulbauten nicht fortgeführt werden könnten. Er bittet die Regierung, sich doch zu verlässigen, ob der Reichsminister für die besetzten Gebiete nicht mehr in der Lage sei, die beim Besuch des Reichspräsidenten versprochene Hilfe zu bewerkstelligen. Auch erhebe sich die Frage, ob nicht gewisse Vermögenswerte dazu dienen könnten, die Hochschulen auf ihrer Höhe zu erhalten. Die Unabhängigkeit der Sparkommission sollte dadurch vervollständigt werden, daß sie ihren Bericht direkt an den Landtag erstattet. Gelegenheit der Regierungsbildung sei das Zentrum zu viel auf Taktik und Arithmetik eingestellt gewesen.

Abg. Keutisch (Ev. Volksp.) führt nochmals die Gesichtspunkte an, von denen sich seine Bewegung leiten lasse.

Abg. Frau Richter (D. Natl.): Die Interessen der christlichen Kulturpolitik würden auch außerhalb des Evang. Volksdienstes wirksam vertreten.

### Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Kemmele

berichtet dem Abg. Dr. Leers: Der bauliche Zustand der akademischen Institute in Heidelberg und der Hauseinrichtungen ist derart, daß er auf die Dauer als unhaltbar gelten muß. Wir haben deswegen in letzter Zeit mit den zuständigen Reichsstellen, nicht nur mit dem Minister der besetzten Gebiete, verhandelt. Die Fonds für den Osten und Westen werden wegen Vereinerung des Etats in absehbarer Zeit verschwinden müssen. Unsere Sorge ging deshalb dahin, ob nicht das Reich einen Teil der Aufwendungen für Heidelberg in den Etat übernehmen könnte. Im Hinblick auf das Streben nach Finanzreform und Steuerabbau erklären aber die verantwortlichen Kreise, zur Zeit nicht in der Lage zu sein, irgendwelche ausichtsreiche Mitteilungen zu machen. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir im Augenblick für die nächsten beiden Jahre nicht sehen, was zu tun ist.

Es fällt mir außerordentlich schwer, die Klinikbauten in Freiburg zu finanzieren. Wir waren verpflichtet, auf den Ernst der Situation in der Regierungserklärung hinzuweisen. Den Zustand, wie er sich jetzt in der Besetzung der Ministerien darstellt, habe er, Dr. Kemmele, nicht gewünscht. Er versichere aber, daß er, unbeschadet von seinem Amt als Parlamentarier, seine Aufgaben pflichtgemäß erfüllen werde. Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen, die wiederholt zu erregten Zwiegesprächen und Zurufen führen und den Präsidenten bei der entstehenden großen Unruhe im Hause verschiedene Male zum Eingreifen mit der großen Glocke veranlassen, wird zur

### Abstimmung

geschritten. Sie ist eine namentliche. Anwesend sind 80 von 88 Abgeordneten.

Der kommunistische Mißtrauensantrag wird bei Stimmhaltung der Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt.

Der nationalsozialistische Mißtrauensantrag fällt mit 48 gegen 9 Stimmen (Nationalsozialisten und Deutschnationale) bei 23 Stimmhaltungen (Deutsche Volkspartei, Demokraten, Wirtschaftspartei und Bauernpartei, Evang. Volksdienst und Kommunisten sowie der Mitglieder der Regierung, des soziald. Abg. Staatsrat Maier-Heidelberg).

Es folgt die Abstimmung über das gegen den Minister Dr. Kemmele gerichtete Mißtrauensvotum.

Die Abg. Dr. Mattes (D. Vp.), und Hofmeier (D. Dem. P.) erklären für ihre Fraktionen, daß sie den Antrag ablehnen müßten, da man die Tätigkeit des neuen Unterrichts- und Kultusministers noch nicht kenne.

Der Antrag wird mit 62 gegen 6 nationalsozialistische Stimmen, bei 12 Stimmhaltungen gleichfalls abgelehnt.

Nunmehr wird die Abstimmung über den Vertrauensantrag vorgenommen. Er lautet:

„Die Regierungserklärung wird gebilligt und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.“

Der Antrag findet Annahme mit 48 Stimmen der beiden Regierungsparteien.

Dagegen stimmen 29 Abgeordnete der Opposition, während sich 3 Abgeordnete enthalten, nämlich Keutisch und Ewald vom Evang. Volksdienst, und Abg. Staatsrat Maier.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 23. Januar, nachm. 4 1/2 Uhr: Vorlage betr. Wirtschaftsunterstützung für die bad. landw. Genossenschaften (die jedoch dem Hause zugegangen ist). Voranschlagsberatung.

Schluß gegen 4 1/2 Uhr.

Der Haushaltsausschuß hält am Dienstag, dem 21. d. M., nachmittags, wieder eine Sitzung ab, um sich mit den Bürgerhaushaltsvorlagen und den bereits vorliegenden Etats zu befassen, die dann am Donnerstag im Plenum behandelt werden sollen.

## Gegen radikale Ausschreitungen!

Aus dem Ministerium des Innern wird uns geschrieben: In den letzten Wochen haben sich außerhalb Badens, vor allem in Preußen, Sachsen und Hessen, sehr bedauerliche Ausschreitungen ereignet; sie wurden von politisch radikaler Seite hervorgerufen in der unverkennbaren Absicht, die schwere wirtschaftliche Lage, die zur Zeit auf Deutschland lastet, zu politischen Zwecken auszunutzen.

In Baden wird diese Bewegung von den zuständigen Stellen mit der gebotenen Aufmerksamkeit verfolgt. Wenn es auch bei uns zu solchen Zwischenfällen ernsterer Art noch nicht gekommen ist, so zeigen doch Anzeichen, die in letzter Zeit von führenden Persönlichkeiten rechts- und linksgerichteter radikaler Parteien gefallen sind — es sei nur an die Rede des kommunistischen Abgeordneten Böning im Badischen Landtag erinnert, welcher die Nationalsozialisten mit Totschlag bedrohte — und einige Zwischenfälle, daß auch in Baden versucht wird, durch Drohungen und provozierendes Auftreten Teile der Bevölkerung aufzurufen und Störungen der öffentlichen Ordnung herbeizuführen. So kam es in der vergangenen Nacht nach der Reichsgründungsfeier der Nationalsozialisten in der Karlsruher Festhalle, in der von einem nationalsozialistischen Redner das Recht auf Selbsthilfe proklamiert wurde, wiederum zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten.

Die zuständigen Behörden werden diesen Versuchen, die öffentliche Ordnung zu stören, auch in Zukunft mit unnachlässiger Strenge entgegenzutreten und sie werden, falls sich solche Vorkommnisse wiederholen sollten, zu weiteren Maßnahmen strengster Art greifen.

## Reichsgründungsfeiern

### Die Feier der Technischen Hochschule Karlsruhe

Aus Anlaß der Reichsgründungsfeier haben die Studentenenschaft und der Lehrkörper heute, Samstag morgen, am Ehrenmale der Technischen Hochschule Karlsruhe Kränze niedergelegt. Gegen 11 Uhr begaben sich die Chargierten in feierlicher Aufahrt zu der in der Aula stattfindenden Reichsgründungsfeier. Dort hatten sich neben zahlreichen Studierenden eine große Reihe von Ehrengästen eingefunden, darunter der Minister des Innern, Wittemann, Ministerialdirektor Dr. Huber vom Ministerium des Kultus und Unterrichts, Bürgermeister Dr. Kleinmischke im Auftrage der Stadtverwaltung, ferner die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden, sowie Freunde und Gönner der Hochschule.

Nach dem Einzug der Fahnenabteilungen und Professorenschaft unter den Klängen des Akademischen Orchesters und einem weiteren Musikvortrag nahm zunächst der Rektor, Professor Stod, das Wort, um auf die Bedeutung des Tages hinzuweisen, der ein solcher der Befinnung sein soll. Auf der Jugend beruhe unsere Hoffnung. Diese möge als Vermächtnis für ihre Aufgabe am Wiederaufbau unseres Vaterlandes die Tugenden der Gefallenen beherzigen, die da sind Mäulichkeit, Brüderlichkeit und Liebe zum Vaterlande. — Darauf sprach der Vorsitzende des Studentenausschusses, Knobloch. Auch er unterstrich die Aufgaben der studentischen Jugend in dem vom Rektor angedeuteten Sinne. Die Festversammlung sang die erste Strophe des Deutschlandliedes.

Alsdann hielt der Professor Dr. Wehrle einen Vortrag über das Thema „Gegenwartsfragen der deutschen Handelspolitik“. Er beleuchtete die anormalen Verhältnisse der Weltwirtschaftslage der Nachkriegszeit und lenkte die Aufmerksamkeit auf die deutschen Exportschwierigkeiten. Seine Ausführungen gipfelten in der Schlussfolgerung, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nur auf dem Wege der Warenausfuhr erfüllen könne. Klammern der verarbeitenden Industrie seien bedeutende Aufgaben gestellt und damit auch der deutschen Technik eine hervorragende Rolle zugewiesen. — Mit Vorträgen des akademischen Orchesters fand die Feier ihr Ende.

Auch im Staatsgymnasium Karlsruhe gedachte man in einem Festakt des Reichsgründungstages. Auch dort waren Vertreter der Ministerien und Behörden erschienen. Voraus ging eine Gedächtnisrede für die Gefallenen der Anstalt, worauf, gleichfalls umrahmt von Musikvorträgen, Direktor Prof. Bed die Bedeutung des 18. Januar in einer Ansprache würdigte.

### Gandelschule Mannheim

Wie alljährlich hielt am Freitagnachmittag der Senat und die Studentenschaft der Gandelschule Mannheim ihre akademische Reichsgründungsfeier ab.

Der Begrüßungsansprache von Prof. Dr. Seel und Musikvorträgen folgte die Festrede Dr. Zuckermanns über „Die österreichische Frage“. So sehr das Wesen und die Leistungen des Österreichers verdammt wurden, um so mehr sei es immer wieder zu betonen, daß wir es mit einem der wertvollsten Teile unseres Volkes zu tun haben. Es sei nicht daran zu zweifeln, daß sich der große Gedanke gemeinsamen Volkstums, wie der Wille zum Anschluß auch durchsetzen werde. — Am Abend fand im Friedrichspark der Reichsgründungsball statt.

Der allgemeine Studentenausschuß der Universität Freiburg feierte den Reichsgründungstag am Freitagabend mit einem imposanten Fackelzug durch die Hauptstraßen der Stadt, die von Schulkindern dicht besetzt waren. In der Festhalle fand anschließend ein gut besuchter Kommerzball statt.

## Gegen die geplante Biersteuererhöhung

In der Glashalle des Stadtgartenrestaurants zu Karlsruhe fand Freitag nachmittags eine von der Vereinigung zur Abwehr der geplanten Reichsbiersteuererhöhung einberufene Protestversammlung statt. Sie fand unter der Leitung des Präsidenten des Badischen Gastwirtsverbandes, Knobel (Karlsruhe). Das Referat hatte Herr Kunge vom Rheinischen Provinzialverband Köln übernommen.

Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die an die Reichs- und Länderregierungen wie auch an die badischen Abgeordneten gerichtet werden soll. Sie fordert, daß die geplante Biersteuererhöhung unterbleibe und weist darauf hin, daß das Bier für die süddeutsche Bevölkerung nicht ein entbehrliches Genußmittel, sondern ein Lebensmittel speziell für die arbeitende Bevölkerung bildet. Die geplante 50prozentige Erhöhung der Reichsbiersteuer würde einen gewaltigen Konsumrückgang nach sich ziehen, eine Fortsetzung der Massenlosigkeit und eine weitere Verschärfung der indirekten Steuern bedeuten, abgesehen von der schweren Schädigung der Landwirtschaft durch den Rückgang des Bedarfs an Gerste und Hopfen und der Gefahr einer bedeutenden Vermehrung des Heeres der Arbeitslosen. Es wird Verwahrung dagegen eingelegt, daß ausgerechnet Süddeutschland bei allen Steuererhöhungen den Löwenanteil tragen soll.

## Tagungen

Der badische Lehrerverein wird in der Karwoche (vom 14. bis 18. April d. J.), im Lehrerseheim, Bad Freyersbach, seine ordentliche Vertreterversammlung abhalten, die sich u. a. mit der Vereinheitlichung des Reiches und der Stellungnahme der Schule dazu, mit der Frage: Volksschule und Berufsschule und mit der Frage: Klassen- oder Fachlehrer beschäftigen wird.

Der 25. Kongress der Deutschen orthopädischen Gesellschaft findet vom 15. bis 17. September 1930 in Heidelberg statt. Hauptthema sind: Pathologie des Armes (Eppig, Wien, und Steinle, Jona); Ätiologie der Deformitäten (Böhm, Berlin); Die Grundzüge der mechanischen Behandlung in der Orthopädie (Hohmann, München); Knochengelenkstüberfulose und Orthopädie (Ludloff, Frankfurt). Anmeldungen an den Vorsitzenden, Prof. von Dacher, Heidelberg-Schlierbach, orthopädische Klinik.

## Aus der Landeshauptstadt

### Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten

Der Polizeibericht meldet: Nachdem bereits in der Nacht zum Freitag im Anschluß an kommunistische Demonstrationen in der Altstadt eine Gruppe von jungen Burschen zwei harmlose Spaziergänger überfallen und in einem anderen Falle Spaziergänger mit Steinen bombardiert hatte, kam es am Freitagabend erneut zu Gewalttätigkeiten. Im Witternachtsviertel in der Durlacher Allee etwa 15 Kommunisten über zwei per Rad heimkehrende Nationalsozialisten her und schlugen mit Eisenlangen und Stöcken auf sie ein. Darauf ergriffen die Täter die Flucht. Von den Überfallenen war der eine über zugerichtet und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Eine Stunde später erschienen auf der Polizeiwache ein Arbeiter und ein Installateur und machten die Anzeige, daß sie kurz zuvor beim Verlassen einer Wirtshaus in der Kaiserstraße von etwa 20 Nationalsozialisten überfallen und vermurrt wurden. Die polizeilichen Ermittlungen im Gange. Die Polizeidirektion wird durch erhöhte Streifenaktivität für Sicherheit und Ordnung sorgen.

Ankauf des Geländes des alten Bahnhofes durch die Stadt. Die Verhandlungen zwischen der Reichsbahnverwaltung und der Stadt haben nunmehr, wie im Stadtrat mitgeteilt wurde, zu einer grundsätzlichen Einigung über den Verkauf des Geländes und die Höhe des Kaufpreises geführt.

Das Karlsruher Wohnungsbauprogramm für das Wirtschaftsjahr 1930 wurde vom Stadtrat aufgestellt. Danach sollen zunächst 2 Millionen Reichsmark für Baudarlehen 1930 zur Verfügung gestellt werden. Mit diesem Betrage können für etwa 500 Wohnungen zweifelhafte Baupflichten gewährt werden.

Wohltätigkeitsveranstaltung. Jeder Tag, der uns die Zeitungen ins Haus bringt, gibt uns aufs neue Kunde von der schweren wirtschaftlichen Depression und der Not, die sie im Gefolge hat, und es ist für die Organe der Liebesätigkeit eine bittere Lage, wenn sie helfen wollen, es aber aus Mangel an Mitteln nicht vermögen. In dieser Lage ist auch der Frauenverein, der zahlreiche Arme, vor allem verschämte, betreut. Darum will er versuchen, auf andere Art die nötigen Summen zusammenzubringen. Er ladet die Karlsruher Einwohner zu einer Wohltätigkeitsveranstaltung großen Stils in die Festhalle ein. Mit dem Raketenflugzeug auf den Mond ist der Grundgedanke, aus dem sich allerhand anregende Einzelheiten für die Ausgestaltung ergeben. Mond und Erde werden weiterföhren, ihre Herrlichkeiten den Besuchern darzubieten, so daß die Reise mit dem Raketenflugzeug sich lohnen wird. Die Veranstaltung findet statt am 4., 5. und 6. Februar. Heute schon bittet der vorbereitende Ausschuß um gütige Unterstützung durch Spenden und Besuch. Der Ertrag wird ja den hiesigen Armen zugute kommen. (Siehe Anruf.)

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das kontinentale Hochdruckgebiet, dessen Kern mit über 782 Millimeter Druck heute früh über Polen lag, wird seinen Einfluß auf unsere Wetterlage weiterhin behalten, da die atlantischen Zyklogen über das Nordmeer freien Abzug nach Nordosten finden. Wetterausichten: Fortdauer des heiteren und trockenen Hochdruckwetters bei schwacher Luftbewegung, Nachtfrost mit lokalen Morgennebeln, um Mittag mild.

## Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Heidelberg, 17. Jan. Der amerikanische Volkshändler Schürman sandte an die Universität Heidelberg aus Anlaß der Grundsteinlegung folgendes Telegramm: „Nehmen Sie bitte meinen aufrichtigen Dank für die freundliche Volkschaft und die guten Wünsche anläßlich der Grundsteinlegung des neuen Universitätsgebäudes entgegen.“

D. J. Rastatt, 18. Jan. Gestern verübte ein 85 Jahre alter Mann durch Erhängen Selbstmord.

D. J. Forbach (Murgtal), 18. Jan. Freitag nachmittags verunglückte der 52 Jahre alte Steinhauer Franz Schäfer aus Forbach beim Steinprengen in Raumbüsch. Ein Stein war losgesprengt worden, der dem Schäfer auf den Kopf geschleudert wurde, wobei er einen schweren Schädelbruch erlitt. Schäfer liegt in lebensgefährlichem Zustand im Forbacher Krankenhaus.

D. J. Badheim (A. Donaueschingen), 17. Jan. Gerichte, die über den verstorbenen Bürgermeister und Landtagsabgeordneten Kramer (Badheim) im Umlauf sind und ihn der Amtsenthebung bezichtigten, sind völlig unmaß. Wahr ist lediglich, daß bisher in Badheim keine Umlage erhoben wurde, und daß nun ein rechnungsmäßiger Fehlbetrag von 16 000 Reichsmark im Gemeindefinanzhaushalt entstanden ist, der eine Umlagefestsetzung von 1 Reichsmark nötig macht. Bürgermeister Kramer hatte vor seinem Tode noch bald für die Gemeinde gekauft, wodurch der Fehlbetrag entstanden ist. Die Witwe des Verstorbenen und der Gemeinderat werden gegen die Urheber des Gerichts strafrechtlich vorgehen.

Freiburgs Fremdenverkehr im vergangenen Jahr. Im vergangenen Jahre wurden von Hotels, Fremdenheimen, Unterkunftsstätten und Herbergen Freiburgs insgesamt 158 906 Fremde gemeldet, das sind 10 920 oder 7,4 Prozent mehr als 1928. Die Zahl der Übernachtungen betrug 476 458.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	18. Januar		17. Januar	
	Geld	Silber	Geld	Silber
Amsterdam 100 G.	168.00	168.34	168.05	168.39
Kopenhagen 100 Kr.	111.87	112.09	111.87	112.09
Italien . . . 100 L.	21.87	21.91	21.88	21.92
London . . . 1 Pf.	20.349	20.389	20.353	20.393
New York . . . 1 D.	4.181	4.189	4.181	4.190
Paris . . . 100 Fr.	16.425	16.465	16.42	16.46
Schweiz . . . 100 Fr.	50.675	51.535	50.82	50.98
Wien 100 Schilling	58.78	58.90	58.83	58.95
Prag . . . 100 Kr.	12.372	12.392	12.37	12.39

